

Substanzielles Protokoll 206. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. Dezember 2013, 15.00 Uhr bis 16.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Monika Erfigen (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|----------------------------|--|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2013/426 * | Weisung vom 04.12.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Hofacker, Quartier
Hirslanden, Gesamtinstandsetzung und Ersatzneubau einer
Doppeltturnhalle mit Oberstufenschulhaus, Projektierungskredit | VHB
VSS |
| 9. | 2013/309 | Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf | FV |
| 10. | 2013/309 | Weisung vom 11.09.2013:
Budget 2014, Genehmigung der Produktegruppen-
Globalbudgets | STR |
| 11. | 2013/310 | Weisung vom 11.09.2013:
Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von
Kassenscheinen im Jahr 2014 | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

4582. 2013/440

**Postulat von Walter Angst (AL) vom 11.12.2013:
Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt, standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen**

Walter Angst (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Es geht um den Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt. Es besteht bestimmt ein breites Interesse, am 9. Februar 2014 zu wissen, wie die Stadt mit Lohn-dumping umgeht.

Der Rat wird über den Antrag am 8. Januar 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

4583. 2013/426

**Weisung vom 04.12.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Gesamtinstandsetzung und Ersatzneubau einer Doppelturnhalle mit Oberstufenschulhaus, Projektierungskredit**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 16. Dezember 2013

4564. 2013/309

**Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf und Genehmigung der Produktgruppen-Globalbudgets**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 205 vom 14.12.2013, Protokoll-Nr. 4564/2013).

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2014 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS) sowie die bisherigen Lohnmassnahmen (Institution 1060, Gesamtverwaltung) von Fr. 22 040 100.– nach erfolgter Lohnrunde 2014 auf die Besoldungstitel der Dienstabteilungen zu übertragen.
3. Das Budget 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Das Budget 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird – im Rahmen der Oberaufsicht des Gemeinderats – genehmigt.

5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
6. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2014 wird, gestützt auf Art. 6, Ziff. 1 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, zustimmend zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget 2014 der «Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich» wird zur Kenntnis genommen.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die Budgetdebatte mit ihren 450 Anträgen war lang und hart. Man nimmt sich viel vor für das neue Jahr, doch nach einigen Wochen geht dieser Effekt verloren und alles ist wie zuvor. Wir werden vermutlich nächstes Jahr wieder gleich viele Anträge haben. Wir haben das Budget in der RPK ausführlich geprüft und in mehreren Runden Rückfragen an die Departemente gestellt. Die Mehrheit der RPK ist zum Schluss gekommen, dass das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung zu genehmigen ist.*

Roger Liebi (SVP): *Die SP zeigte sich besorgt über das Defizit und über die Zukunft. Doch Besorgnis alleine hilft nicht, wenn man nichts einsparen will. Die rund 60 Millionen Franken haben nichts mit Einsparen zu tun. Bei der GLP war von gesunden Finanzen und liberalem Gedankengut nichts zu sehen. Seit 2008 schreibt die Stadt jedes Jahr ein Defizit. Wir sind auf einem gefährlichen Weg. Rot-Grün gibt auf Kosten der kommenden Generationen Geld aus, das wir nicht haben. Es scheint an Verantwortungsgefühl zu fehlen. Ein weiteres Problem ist die Wachstumsstrategie. Immer mehr Leute ziehen nach Zürich, aber der einzelne Steuerzahler bringt weniger Steuern als früher. Diese Strategie kann nicht aufgehen. Dafür muss Rot-Grün gegenüber den kommenden Generationen geradestehen. Dass diese Art von Politik nicht gut enden kann, ist auch an anderen Orten in der Schweiz zu sehen. Rot-Grün muss endlich die Bereitschaft zeigen, Massnahmen zu ergreifen, um die Ausgaben unter Kontrolle zu bringen. Wir lehnen das Budget ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): *Unsere eigenen sowie die von uns unterstützten Sparanträge hätten es erlaubt, das Defizit mehr oder weniger zu eliminieren. Das Resultat ist weit davon entfernt. Es wurde oft der Vorwurf laut, dass man von bürgerlicher Seite her auf das Personal losginge. Wir haben jedoch keine Massnahme gegen Löhne unterstützt. Wir haben bei Luxusausgaben Kürzungen beantragt. Beim Stadtrat und bei Rot-Grün fehlt der Wille, auch nur ein bisschen zu sparen. Es ist naiv, auf steigende Steuereinnahmen zu hoffen. Wir können nicht weiter Ausgaben tätigen und erst 2016 mit den Ausgaben zurückfahren. Es wäre einfacher gewesen, jetzt schrittweise in Bereichen wie Aktionen in der Öffentlichkeit oder beim Strassenbau damit zu beginnen. Wir haben darum grösste Bedenken, ob das Ziel des Projekts 17/0 erreicht werden kann. Es wird kein Eigenkapital mehr vorhanden sein. Auch wir sind der Meinung, dass Zürich weiterhin wachsen soll. Doch gewisse Ausgaben sollten zurückgefahren werden, so dass wir am Schluss eine ausgeglichene Rechnung präsentieren können. Wir haben zu unserem Erstaunen bei der CVP und der EVP einen grösseren Sparwillen festgestellt als bei der GLP. Wenn man bürgerliche Politik in Zürich machen will, muss die Ausgabenseite entsprechend reduziert werden. Das ist im Sinne einer positiven Stadtentwicklung. Die FDP kann dieses Budget nicht mittragen.*

Walter Angst (AL): Es wurden einige Anträge überwiesen, die zeigen, wie man den Budgetausgleich schaffen kann. Das freut uns. Wir haben Mehrheiten erreicht, wenn es darum ging, dass neue Aufgaben mit dem bestehenden Personal ausgeführt werden sollen und keine neuen Stellen geschaffen werden. Wir haben klar festgehalten, dass Sparmassnahmen bei der Bildung und bei der Kinderbetreuung nicht sinnvoll sind. Wir haben den Spitälern den Rücken gestärkt. Wir haben eine Plafonierung der IT-Ausgaben aufgegleist. Trotzdem werden wir uns in der Schlussabstimmung enthalten. Es geht bei dieser Debatte grösstenteils um einen Sparwahn, der ins Leere zielt. Im Sinne einer vorausschauenden Finanzpolitik wäre es heute schon notwendig, die Steuerfusssenkung zurückzunehmen und wieder auf 122 % zu erhöhen. Wir werden auch bei der Abstimmung zu den Globalbudgets bei der Meinung bleiben, dass das Globalbudget des ewz nicht abgesegnet werden soll, denn im Januar soll noch eine Verordnungsänderung verabschiedet werden. Wenn unsere Steuerfussanpassung durchkommt, werden wir uns bei der Schlussabstimmung vermutlich der Mehrheit anschliessen und zustimmen. Ansonsten bleiben wir in der Enthaltung.

Karin Rykart Sutter (Grüne): In der Budgetdebatte wurden teilweise unseriöse Kürzungen ohne konkrete Aufträge vorgenommen. Damit wurde bewusst ein allfälliger Personalabbau in Kauf genommen. Ärgerlich waren auch die tabellarischen Anträge, zu denen später zusätzlich Kürzungen auf den Einzelkonten dazu kamen, die teilweise zu der absurden Situation führten, dass man unter 0 geriet. Den Bürgerlichen schien manchmal die Übersicht über den Budgetprozess abhanden gekommen zu sein. Luftige Sparbemühungen führen nicht unbedingt zu einer Verbesserung der Rechnung. Auch wir sind der Meinung, dass die finanzielle Situation in der Stadt ernst ist. Wir wollen keine Verschlechterung des Budgets. Zürich ist aber nach wie vor in einer Wachstumsphase. Die Einnahmenseite kann derzeit mit den damit verbunden Mehrausgaben nicht Schritt halten. Darum müssen wir in den nächsten Jahren vorsichtig sein mit den Ausgaben und diese auch während des Jahres im Auge behalten. Aus diesem Grund lehnen wir zum Beispiel auch den Aus- und Umbau des Kulturama ab. Am Steuerfuss von 119 % sollte unserer Meinung nach nicht gerüttelt werden. Wir werden das Budget mittragen. Wir bleiben berechenbar und machen eine seriöse Politik.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Die CVP hat während der Budgetdebatte sinnvolle Anträge in der Höhe von rund 100 Millionen Franken unterstützt. Das Ergebnis von 59 Millionen Franken ist für uns ungenügend. Andererseits ist auch zu berücksichtigen, dass das Parlament dem Stadtrat in jeder Sitzung neue Aufträge erteilt. Das Budget bildet nichts anderes als diese Aufträge ab. Es wäre deshalb falsch, wenn man es ablehnen würde. Letztes Jahr haben wir dem Budget noch zähneknirschend zugestimmt. Dieses Jahr wollen wir dies nicht mehr tun. Wir möchten es allerdings auch nicht ablehnen. Mit einer Enthaltung möchten wir ein klares Signal an alle an diesem Prozess Beteiligten geben. Wir wollen gesunde Finanzen. Der Steuerfuss soll gleich bleiben und wir werden sowohl Erhöhungen als auch Senkungen ablehnen.

Christoph Spiess (SD): Wir hätten uns gewünscht, dass etwas mehr als 60 Millionen Franken gespart worden wären. Doch es ist besser als nichts. Vieles wurde von uns oder vom Volk bestellt. Das bringt Kosten mit sich. Wir sind gegen undifferenzierte Kürzungen. Das Personal sollte in Ruhe gelassen werden, es trägt keine Schuld an diesen Zuständen. Die Frage des Stellenwachstums jedoch sollte in nächster Zeit vom Stadtrat angepackt werden. Bei frei werdenden Stellen sollte genau überprüft werden, ob es sie wirklich braucht. Ein gewisser Anteil frei werdender Stellen sollte nicht mehr besetzt werden. Durch diese Vorgehensweise muss niemand entlassen werden. Zudem sollte der Stadtrat Abstand nehmen vom Wachstumssimmel. Das Wachstum rentiert kurzfristig nicht, und ob es langfristig etwas bringt, ist nicht sicher. Wir müssen bremsen.

Wir vertrauen darauf, dass der Stadtrat die Zeichen der Zeit erkennt und sozialverträglich, behutsam, vernünftig, aber auch konsequent auf die Bremse steht. In diesem Sinne können wir dem Budget zustimmen.

Florian Utz (SP): *Es muss zwischen der Vermögenssituation und der Laufenden Rechnung unterschieden werden. Zürich steht nicht vor der Pleite. Auch Ende 2014 wird Zürich über ein Vermögen von rund 400 Millionen Franken verfügen. Bei der Laufenden Rechnung sieht es etwas problematischer aus. Deshalb hat die SP zu verantwortungsvollen Kürzungen Hand geboten. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Banken 2014 keine Gewinnsteuern bezahlen. Wenn man das strukturelle Defizit berechnet, muss man von durchschnittlichen Steuererträgen über mehrere Jahre ausgehen. Der durchschnittliche Steuerertrag bei den Gewinnsteuern der Grossbanken wird nicht 0 betragen. Der SP ist finanzpolitische Verantwortung sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite wichtig. Deshalb lehnen wir eine Steuersenkung ab. Neben der Finanzpolitik sollten aber auch die realen Probleme angepackt werden. Die SP wird dafür kämpfen, dass die Volksentscheide umgesetzt werden. Nichtsdestotrotz müssen wir bei den Finanzen auch in Zukunft genau hinschauen, vor allem auch während des Jahres. In diesem Sinne unterstützt die SP das Budget.*

Roger Liebi (SVP): *Alle behaupten, sie würden die schwierige Finanzlage erkennen, wollen aber keine Rezepte haben, um den Aufwand nachhaltig zu senken. Der Personalaufwand ist letztlich einer der grössten Ausgabeposten. Irgendwo muss man beginnen. Nicht jede Stelle muss neu besetzt werden. Die SVP hat in dieser Budgetdebatte fast nie gegen das Personal gespielt. Wir wollten auch keine Lohnsenkungen. Der Teuerungsausgleich fällt in eine andere Kategorie. Das Problem ist: Das Sparen wird immer weiter hinausgeschoben. Die angebliche Vorsicht führt zu einem immer höheren Defizit. 2010 betrug der Steuerertrag pro natürliche Person noch 4300 Franken. 2013 sind es noch 3700 Franken. Die Linken sind nicht bereit, Einsparungen vorzunehmen und Leistungen zu überprüfen. So bleibt ihnen nur, die städtische Rechnung durch Steuererhöhungen ausgeglichen zu gestalten. Man finanziert sich auf Kosten anderer. Das ist fatal. Ich bin sicher, dass Rot-Grün die Steuererhöhungen spätestens nach den Wahlen auch einfordern wird.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Das Defizit konnte von 230 auf rund 170 Millionen Franken verringert werden. Die EVP hätte gerne mehr gespart. Das Ziel 17/0 scheint noch in weiter Ferne. Der Stadtrat sollte aktiver kommunizieren, was er wirklich für die Umsetzung von 17/0 unternimmt. Bei Bildung, Sozialem und Gesundheit sollte nicht gekürzt werden. In den Schulen und im Gesundheitsbereich wird es sicherlich mehr Stellen brauchen. In anderen Bereichen sollte man sich aber gut überlegen, wo auf neue Stellen und Aufgaben verzichtet werden kann. Dadurch müssten keine bestehenden Stellen gestrichen werden. Die EVP wird dem Budget zustimmen. Wir wollen nicht noch einmal von vorne beginnen. Der Gemeinderat würde vermutlich nicht wesentlich anders entscheiden.*

Gian von Planta (GLP): *Wir haben Kürzungsanträge von insgesamt 120 Millionen Franken unterstützt. Leider wurden nicht alle angenommen. Wir müssen mit einem Defizit von 170 Millionen Franken ins nächste Jahr gehen. Damit kann niemand zufrieden sein. Wir wehren uns aber auch dagegen, dass bei der Budgetdebatte offenbar Quantität vor Qualität kommt. 50 oder 60 Anträge wurden erst in allerletzter Minute eingereicht. Damit ist keine seriöse Vorbereitung möglich. Die Flut von Anträgen zu teilweise sehr kleinen Beträgen verhindert eine vernünftige Debatte und führt dazu, dass wir jegliche Relationen verlieren. Diskussionen über Personalabbau dauerten lediglich eine bis zwei Minuten, während über den Hafenkran eine halbe Stunde lang diskutiert wurde. Ein anderer Punkt: Wir haben zu Beginn Kürzungen von 30 % auf*

spezifischen Konten vorgenommen. Auf den gleichen Konten wurden später Pauschalkürzungen und auch noch Einzelanträge vorgenommen. Wir hatten teilweise bis zu 10 Anträge auf dem gleichen Konto. Es reicht nicht, wenn man drei Tage lang ein Spargehabe an den Tag legt. Gespart wird vor allem während des Jahres. Die Grünliberalen werden dem Budget zustimmen. Wir wollen nicht, dass wir ohne Budget ins nächste Jahr gehen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Im Finanzplan sind die Defizite gut sichtbar. Es handelt sich um steigende Defizite. Was hier betrieben wird, ist heuchlerischer Zweckoptimismus und eine verheerende Schuldenwirtschaft. Wir werden die bei den steigenden Schulden anfallenden Zinsen nicht mehr unter Kontrolle haben. Die linke Seite huldigt dem kurzfristigen Denken. Die kommenden Generationen müssen es ausbaden. Unserer Meinung nach würde mit einer Steuersenkung mehr Geld zur Verfügung stehen, das wieder eingesetzt werden könnte. Das dient wiederum dem Wirtschaftswachstum. In der Politik muss man tolerant sein. Doch die Toleranz hat ein Ende, wenn der gesunde Menschenverstand auf der linken Seite schlicht fehlt.

Severin Pflüger (FDP): Die SP und die Grünen sagen, es sei alles gut, das Problem liege bei den Banken, die nicht bezahlen würden. Mit 17/0 werde das Problem dann gelöst sein. Sekundiert werden sie von der AL, die als Alternative ab und zu etwas ausschert. Auf der anderen Seite stehen die FDP und die SVP, die nahe an eine schwarze 0 kommen wollten. Das Ziel der FDP war, einen Ausgleich zwischen Aufwand und Ertrag zu finden. Wenn 17/0 gelingen soll, muss man es bereits 2014 angehen. Man kann es nicht auf später verschieben. Der Hase liegt bei den Mitteparteien CVP, EVP und GLP begraben. Stimmten jeweils zwei der drei Mitteparteien einer Kürzung zu, war die dritte dagegen. Doch diese Parteien sind nötig, damit man sparen kann. Bei der GLP wusste man bis zum Schluss nicht, wie sie entscheiden wird und welche Ziele sie verfolgt.

Martin Luchsinger (GLP): Wenn wir wirklich sparen wollen, müssen wir Mehrheiten schaffen und nicht einfach für die Statistik sparen. Kleine Gefechte sind nicht gewinnbringend. Es müssen Mehrheiten geschaffen werden, man muss zusammen eine Budgetstrategie entwickeln. Es gab in dieser Debatte offenbar nicht sehr viel Koordination unter den Parteien, abgesehen von der SP und den Grünen. Das nächste Mal können wir es besser machen. Die GLP ist offen für Gespräche.

Mauro Tuena (SVP): Die Budgetdebatte ist das eine. Das andere sind die Weisungen während des Jahres. Doch die Grünliberalen und vor allem auch Rot-Grün beurteilen stadträtliche Weisungen nicht kritisch, sondern winken sie einfach durch. Den Parteien fehlt es am Willen, substantiell Kürzungen vorzunehmen. Ein weiterer Punkt: Unsere Fraktion hat das Budgetbuch früh Punkt für Punkt durchgeackert, damit klar wird, wo Einsparungen vorgenommen werden könnten. Andere Parteien könnten dies ebenfalls etwas früher angehen.

Michael Baumer (FDP): Zum Inhalt der Budgetdebatte: Rot-Grün erkennt, wie die Realität tatsächlich aussieht. Wir laufen seit Jahren in eine finanzpolitisch problematische Situation hinein. Offenbar ist die Mehrheit nicht bereit, daran etwas zu ändern. Die Stadt hat nicht Vermögen, sondern ein Eigenkapital, um Schwankungen aufzufangen. Die Finanzkrise ist seit einer Weile vorbei. 2017 werden es 9 Jahre sein, seit die Finanzkrise ausgebrochen ist. Wie lange will man sich noch Zeit lassen, um auf die jetzt herrschende Realität zu reagieren? Rot-Grün hat im Stadtrat und im Gemeinderat die Mehrheit und muss Verantwortung übernehmen. Die FDP hätte gerne ein ausgeglicheneres Budget gehabt und auch gerne mit vernünftigeren Mitteln wie beispielsweise Globalbudgets gearbeitet. Doch wenn die Mehrheit nicht bereit ist, heute schon

die nötigen Weichen zu stellen, damit wir auch in Zukunft eine erfolgreiche Stadt haben, soll diese Mehrheit auch selber die Verantwortung tragen. Wir stimmen diesem Budget so nicht zu.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Auch wir haben jedes Konto überprüft. Wir haben 50 Sparanträge eingebracht, die von allen unterstützt wurden. Es geht auch um Qualität. Wir haben seriös gearbeitet. Die SVP behauptet, sie habe bei den Personalkosten nicht sparen wollen. Doch sie hat zahlreiche Kürzungsanträge bezüglich der Lohnkosten gestellt. Die SVP behauptet weiter, wir hätten kein Rezept. Aber auch die SVP hat keines. Sie will einfach die Steuern senken. Im Übrigen fallen die Zahlen im Aufgaben- und Finanzplan im Nachhinein oft besser aus. Wir werden das Budget so unterstützen. Wir machen Politik für die Bevölkerung von Zürich und wollen, dass auch die nächste Generation in dieser schönen Stadt leben kann. So wird unsere Finanzpolitik auch in Zukunft aussehen.

Dr. Urs Egger (FDP): Beim Budget geht es um Zahlen. Das Defizit ist riesig. Rot-Grün übernimmt keine Verantwortung. Die Verantwortung übernehmen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt. Rot-Grün sagt nicht, wo in Zukunft genau gespart werden soll. Es wurde gesagt, in Zukunft müsse man zum Beispiel auf zusätzliche Aufgaben und Stellen verzichten. Das sollten sich die entsprechenden Personen bei jeder Gemeinderatssitzung wieder in Erinnerung rufen. Tun sie das nicht, ist alles, was wir von Rot-Grün gehört haben, wieder eine grosse Farce.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ein kurzer Rückblick und ein Ausblick: In dieser Menge von Vorstössen ist es im Grunde eine Überforderung des ganzen Systems, den Überblick zu bewahren und in letzter Konsequenz zu wissen, was wo Konsequenzen hat. Die Debatte war – mit Ausnahme der Diskussionen beim TED – grösstenteils sachlich. Nominell wurden 73 Millionen Franken gespart. Davon betrafen allerdings 14 Millionen Franken geschlossene Rechnungskreise, so dass im Grunde nur 59 Millionen Franken eingespart wurden. Wir sind nun alle täglich gefordert, zu überlegen, ob eine Bestellung wieder neue Kosten auslöst. Die Erwartungsrechnung für die Laufende Rechnung ist besser als erwartet. Der Aufgaben- und Finanzplan ist im Übrigen nicht in Stein gemeisselt. Man kann davon ausgehen, dass die Zahlen besser ausfallen werden. Der Stadtrat wird das Defizit gemeinsam mit dem Gemeinderat wegbringen. Ich sehe kritische Faktoren, aber auch positive. Es ist eine Daueraufgabe. Wir müssen alle dranbleiben.

Persönliche Erklärung:

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum vorhergehenden Votum von STR Daniel Leupi.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 40 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Der Stadtrat soll ermächtigt werden, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem und die Lohnmassnahmen nach der Lohnrunde 2014 auf die jeweiligen Besoldungstitel der Dienstabteilungen übertragen zu können.*

Roger Liebi (SVP): *Wir stehen den Personalaufwandsangelegenheiten und somit auch den Lohnmassnahmen kritisch gegenüber. Noch eine Bemerkung zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP): Es wurde wiederholt behauptet, dass die Zahlen aus dem AFP offenbar jeweils besser ausfallen als erwartet. Im AFP für 2012 und 2013 wurde von Aufwänden von 7,9 Milliarden Franken beziehungsweise 7,97 Milliarden Franken gesprochen. Diese Beträge wurden in der Rechnung 2012 aber zu 8,3 Milliarden Franken und im Budget 2013 zu 13,83 Milliarden Franken. Die Zahlen fallen also meistens schlechter aus.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit empfiehlt die Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung:	Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer 4

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit empfiehlt, das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien zu genehmigen.

Roger Liebi (SVP): «Kinderreich» bedeutet im Wortschatz der Stadt 2,5 Kinder. Eine Stiftung für kinderreiche Familien, die Familien mit durchschnittlich 2,5 Kinder unterstützt, halten wir nicht für notwendig.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
Ausstand:	Karin Rykart Sutter (Grüne)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 23 Stimmen zu.

Dispositivziffer 5

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit möchte am aktuellen Steuerfuss von 119 % festhalten. Unserer Meinung nach ist eine Erhöhung nicht notwendig.

Roger Liebi (SVP): Es wurde mehrmals erwähnt, dass uns schwierige wirtschaftliche Zeiten bevorstehen. Wir werden eine Wachstumsschwäche und eventuell deflationäre Tendenzen haben. Genau dann wäre wichtig, nicht Subventionen zu verteilen, sondern Steuern zu senken, damit die Leute mehr Geld in der Tasche haben. Gibt man dem Staat zu viel Geld, gibt er es auch aus. In Zürich wird sogar noch wesentlich mehr ausgegeben, als man hat. Damit wird unsere Stadt gefährdet. Wir dürfen der Stadt nicht noch mehr Geld geben.

Wortmeldung der Kommissionsminderheit 2 siehe Dispositivziffer 1.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Wir befürworten längerfristig stabile Rahmenbedingungen für jene, die in Zürich investieren wollen. Darum soll der Steuerfuss beibehalten werden. Die Rahmenbedingungen sind am Ende entscheidend, ob die Stadt sich entwickelt, ob Unternehmungen produktiv sind oder nicht. Ich erwarte von den rot-grünen Parteien, dass sie sich auch in den nächsten Jahren für eine Beibehaltung des Steuerfusses aussprechen.

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Die Stadt mutiert zu einer Kleptokratie. Die SVP und die FDP haben sich vergeblich gegen das Budgetdefizit gewehrt. 2005 betrug die Steuerkraft pro Person 3800 Franken, im Rekordjahr 2010 dann 4300 Franken und 2012 nur

noch 3700 Franken. Das ist 10 % weniger als 2011. Ein höherer Steuerfuss wäre eine Frechheit erster Güte. Die Armen und der Mittelstand sollen geschöpft werden, um die Einkünfte in der Sozialindustrie und im Tiefbauamt zu sichern. Wir sagen Nein zu 122 %. Weniger ist mehr.

Werner Wehrli (EVP): Nach der rot-grünen Gefälligkeitsdemokratie müsste man den Steuerfuss wieder auf das alte Niveau von 122 % erhöhen. Nach der Strategie der SVP, die die städtische Verwaltung auf ein Notprogramm reduzieren will, wäre eine Senkung auf 116 % angebracht. Es kommt immer darauf an, in welchem Weltbild man sich bewegt. Wir befinden uns in einer realen Welt, die irgendwo dazwischen liegt. Deshalb ist die EVP gegen eine Steuersenkung. Der Steuerfuss soll auf dem bestehenden Niveau bleiben.

Änderungsantrag/Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 122 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit 1: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Minderheit 2: Walter Angst (AL), Referent
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	96 Stimmen
Antrag Minderheit 1	23 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>5 Stimmen</u>
Total	124 Stimmen
= absolutes Mehr	63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Dispositivziffer 6

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK empfiehlt, das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für 2014 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir empfehlen, das Globalbudget ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Grund dafür sind die fehlende Transparenz bei der Asylfürsorge und die überfrachteten Angebote bei den Integrationsprogrammen. Auch sind die Prozesskosten nicht entsprechend der 300 Plätze, die man sich beim städtischen Kontingent einsparen kann, gesunken.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2014 wird, gestützt auf Art. 6, Ziff. 1 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, zustimmend ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 25 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 25 Stimmen zu.

Dispositivziffer 7

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): *Die Kommission empfiehlt, das Budget 2014 der «Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich» zur Kenntnis zu nehmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 100 gegen 0 Stimmen zu.

Budget 2014, Genehmigung der Produktgruppen-Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Produktgruppen-Globalbudgets 2014 werden genehmigt.

Änderungsantrag

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roger Liebi (SVP): Die Mehrheit hält den Änderungsantrag der AL nicht für sinnvoll.

Walter Angst (AL): Aufgrund des geänderten Stromreglements sind die Kompetenzen nun so geregelt, dass wir keine Überwachung mehr über das Budget des Elektrizitätswerks haben. Aus diesem Grund empfehlen wir eine Ablehnung des Globalbudgets.

Antrag Stadtrat

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK beantragt, die Produktgruppen-Globalbudgets 2014 zu genehmigen.

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen aus zwei Gründen die Ablehnung der Produktgruppen-Globalbudgets. Erstens: Wir können nicht hinter den Globalbudgets des Triemlispihals stehen. Zweitens: Beim Elektrizitätswerk sind wir nach wie vor gegen die Glasfaserkabelprojekte. Wir halten sie nicht für zielführend und zweifeln am Erfolg der Projekte. Sie könnten durchaus auch Verluste bringen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Produktgruppen-Globalbudgets 2014 werden ohne das Produktgruppen-Globalbudget des Elektrizitätswerks genehmigt.

Mehrheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Walter Angst (AL), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 116 gegen 5 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung: Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2014 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS) sowie die bisherigen Lohnmassnahmen (Institution 1060, Gesamtverwaltung) von Fr. 22 040 100.– nach erfolgter Lohnrunde 2014 auf die Besoldungstitel der Dienstabteilungen zu übertragen.
3. Das Budget 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Das Budget 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird – im Rahmen der Oberaufsicht des Gemeinderats – genehmigt.
5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
6. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2014 wird, gestützt auf Art. 6, Ziff. 1 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, zustimmend zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget 2014 der «Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich» wird zur Kenntnis genommen.

Die Produktegruppen-Globalbudgets 2014 werden genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4584. 2013/310

Weisung vom 11.09.2013:

Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2014

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung, ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2014 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1000 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung des Weisung:

Roger Liebi (SVP): *Der Stadtrat beantragt 1 Milliarde Franken für die Aufnahme von Anleihen und langfristigen Darlehen oder die Ausgabe von Kassenscheinen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass dieser Betrag so aufgenommen werden sollte. Es geht hier um eine Folge des Budgetprozesses und der vorgesehenen Investitionen. Es müssen Mittel aufgenommen werden, um Fälligkeiten zu begleichen. Es gibt allenfalls auch Verlängerungen, wenn die Schulden nicht abgebaut werden. Man muss die aufgenommenen Anleihen oder Kassenobligationen neu aufnehmen, um die Schuld weiter hinauszuziehen.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Es handelt sich um eine Folge des Budgets. Die Stadt braucht diese Mittel.*

Roger Liebi (SVP): *Wir sind nicht bereit, die Schulden immer weiter hochzutreiben. Zwar sind die Zinsen tief und es handelt sich um Bruttoschulden. Es klingt einfach, aber wir machen hier nur weitere Schulden. Es handelt sich um Fremdkapital. Die Problematik ist: Fällige Anleihen müssen refinanziert werden. Das Problem wird um 30 Jahre hinausgeschoben. Zu diesem Zeitpunkt wird man nicht mehr verantwortlich sein, es zurückzahlen. Die SVP ist gegen die weitere Mittelaufnahme und gegen die Investitionssituation, bei der der Selbstfinanzierungsgrad allenfalls noch 40 bis 50 % beträgt. Dieser Schuldenpolitik können wir nicht zustimmen. Sie ist nicht verantwortungsvoll.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wir werden Ende nächsten Jahres nicht eine Milliarde mehr Fremdkapital aufgenommen haben, da wir mindestens zwei Anleihen von je einer Viertelmilliarde Franken zurückzahlen werden. Da wir entgegen der ursprünglichen Planung dieses Jahr die 500 Millionen Franken voll ausgeschöpft haben, gehe ich davon aus, dass wir die Milliarde im nächsten Jahr nicht ausschöpfen werden. Die 30 Jahre dienen dazu, dass die Verzinsung sehr kontinuierlich gezahlt wird. Wir können uns günstiger finanzieren als bei früheren Anleihen. Wir sind nach wie vor daran, den Zinssatz, den die Stadt bezahlen muss, zu senken. Doch je mehr wir in Zukunft aufnehmen müssen, desto mehr schlägt sich auch bei tiefem Zinssatz die Verzinsung auf die Laufende Rechnung nieder. Deshalb ist die Eigenfinanzierung neben dem reinen Ergebnis der Laufenden Rechnung ein sehr wichtiger Punkt, den es im Auge zu behalten gilt.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird gestützt auf Art. 41 lit. p der Gemeindeordnung, ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2014 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 1000 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2014)

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

4585. 2013/305

**Schriftliche Anfrage von Niklaus Scherr (AL) vom 04.09.2013:
Verlegung eines Abwasserkanals im Baufeld H der Europaallee, verwaltungsinterne Koordination und Regelung einer Kostenbeteiligung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1113 vom 11. Dezember 2013).

4586. 2013/321

**Schriftliche Anfrage von Kurt Hüsey (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 11.09.2013:
Auswirkungen der Lichtsignalsteuerung auf die Volkswirtschaft sowie die jährliche Menge an Treibstoffen und Schadstoffen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1087 vom 4. Dezember 2013).

4587. 2013/372

**Schriftliche Anfrage von Rebekka Wyler (SP) und Linda Bär (SP) vom 30.10.2013:
Fussball-WM 2022 der FIFA in Qatar, Hintergründe zu den Arbeitsbedingungen auf den Baustellen und Imagefolgen für Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1086 vom 4. Dezember 2013).

4588. 2013/381
Dringliche Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger (FDP) und 43 Mitunterzeichnenden vom 06.11.2013:
Abhöraktionen der NSA, Risiken für den Finanzplatz und die Stadtverwaltung Zürich sowie mögliche Konsequenzen und Massnahmen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1107 vom 4. Dezember 2013).

4589. 2013/285
Weisung vom 21.08.2013:
Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Zürich, Auftragsvermittlung «ETCETERA» Zürich, Beiträge 2014

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. Oktober 2013 ist am 5. Dezember 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2013.

4590. 2013/202
Weisung vom 05.06.2013:
Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Industriequartier, Kreis 5, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. Oktober 2013 ist am 5. Dezember 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2013.

4591. 2013/215
Weisung vom 12.06.2013:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Friesenberg, Festsetzung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. Oktober 2013 ist am 5. Dezember 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 24. Dezember 2013.

Nächste Sitzung: 18. Dezember 2013, 17.30 Uhr.